

Reichtumsbremse

07. Aug. 2017

Die Wohnungsmieten sind in vielen Orten kaum noch bezahlbar, wenn man durchschnittlich verdient. Meine Kollegin sagt: Ich arbeite halbtags, obwohl ich eigentlich gern noch ein paar Jahre bei den Kindern geblieben wäre. Aber so verdiene ich wenigstens die Miete. Dann reicht das, was mein Mann verdient für den Rest. Aber wo man nicht zu zweit einigermaßen gut verdient, da ist es schwierig. Vor allem in manchen Großstädten finden Studenten, Alleinerziehende und Leute mit geringem Einkommen keine ordentliche Wohnung.

Was kann man tun gegen diese Wohnungsknappheit, die eigentlich gar keine ist, in meiner Stadt jedenfalls? Teure Wohnungen gibt es anscheinend genug. Aber die können sich nur wenige leisten. Wie kann man dieses Problem lösen?

Der Markt wird das ganz von allein regeln, sagen manche. Wenn die Investoren genug für ihre Wohnungen bekommen, dann schaffen sie auch mehr Wohnraum. Aber anscheinend klappt das nicht. Es wird vor allem teurer Wohnraum gebaut. Da sind dann die Gewinne höher. Das ist interessant für die Investoren.

Die Politik muss da eingreifen, sagen andere. Man braucht eine Mietpreisbremse, damit die Mieten nicht immer weiter steigen. Die gibt es inzwischen auch. Aber anscheinend funktioniert die nicht. Nur wenige Menschen haben es bisher gewagt, gegen ihre überhöhten Mieten zu klagen. Die wenigen, die es getan haben – die haben allerdings vor Gericht gewonnen.

Inzwischen gibt es einen neuen Vorschlag: Das Wohngeld soll an die steigenden Mieten angepasst werden. Das ist gut für die Menschen, die sonst ihre Mieten nicht zahlen könnten. Aber das heißt auch: der Staat bezuschusst die teuren Wohnungen. Und die Investoren bekommen, was sie verlangen – nun eben vom Staat, also von meinen und Ihren Steuergeldern. Eigentlich ist das empörend, finde ich.

Ich glaube, so hätte auch Martin Luther gedacht. Der ist richtiggehend zornig geworden, als um Ostern 1539 „eine plötzliche Teuerung und unversehens Hunger eingefallen ist“ in Wittenberg, wo er mit seiner Familie gelebt hat. Viele Ursachen haben dazu geführt. Die Elbe führte Hochwasser, so dass die Mühle still gelegt war und nicht mahlen konnte. Dörfer im Umland mussten aus Wittenberger Lagern mitversorgt werden. Aber eine andere Ursache war für Luther noch viel gravierender: Anscheinend wurde Korn bewusst aus dem Markt genommen, zurückgehalten oder sogar aus der Stadt geschafft, um den Preis in die Höhe zu treiben. Heute nennen wir so etwas Nahrungsmittelspekulation. Die Reichen wurden reicher – und den Armen blieb nichts mehr zum Leben. Das scheint mir mit den Mietpreisen heute ganz ähnlich.

Für Luther damals war klar: Gegen das Hochwasser kann man nichts tun, aber sehr wohl gegen die Spekulation. Deshalb sieht er seinen Landesherrn politisch in der Pflicht. In einem Brief fordert er ihn auf: „Darum bitten wir alle, Eure Kurfürstliche Gnaden wollten sich gnädiglich erzeigen, nicht allein mit augenblicklicher Hilfe zur Linderung der Not, sondern auch mit Regierungsmaßnahmen, das die vom Adel nicht das Korn allein aufkaufen und wegführen und so unverschämt wuchern, zum Verderben von Land und Leuten. Sind sie doch ohnehin reich genug“¹

Heute müssen wir nicht mehr irgendeine Fürstliche Gnaden bitten – heute haben wir gewählte Regierungen. Vielleicht bräuchte es bloß mehr Menschen, die so deutlich reden und bitten und fordern – und wählen – wie zum Beispiel damals Martin Luther. Ich glaube, sie hätten die Propheten der Bibel auf ihrer Seite. Jesaja zum Beispiel, der hat gesagt: „Weh denen, die ein Haus zum anderen bringen und einen Acker an den anderen rücken, bis kein Raum mehr da ist und sie allein das Land besitzen.“ (Jes 5, 8)

Die Bedürftigen unterstützen – ja! Aber daran die Wohlhabenden ungehindert und ungebremst verdienen lassen? Wenn die Schere zwischen Armen und Reichen größer wird, dann gefährdet das den sozialen Frieden in unserem Land. Für Ausgleich zu sorgen, ist nicht Sozialismus – das ist Christenpflicht – für alle Parteien, nicht nur für die mit dem C im Namen. Ich finde, wir Bürger Europas sollten das von unseren Regierungen verlangen.

Redaktion: Pfarrer Frank-Michael Theuer (frank-michael.theuer@gep.de)

Weitere Sendungen, Informationen, Audios und mehr finden Sie unter:
<http://rundfunk.evangelisch.de/kirche-im-radio/deutschlandfunk/morgenandacht>
Facebook: <https://www.facebook.com/deutschlandradio.evangelisch>

¹ Martin Luther, Brief an Kurfürst Johann Friedrich, 9. April 1539, WA Br 8, 402